

Interview: "... das Denken darüber ist heute doch weitestgehend eingestellt!" Konrad Schily im Gespräch

Kovce, Philip

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sonstiges / other

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kovce, P. (2011). Interview: "... das Denken darüber ist heute doch weitestgehend eingestellt!" Konrad Schily im Gespräch. *360° – Das studentische Journal für Politik und Gesellschaft*, 6(2), 97-102. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-76258-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

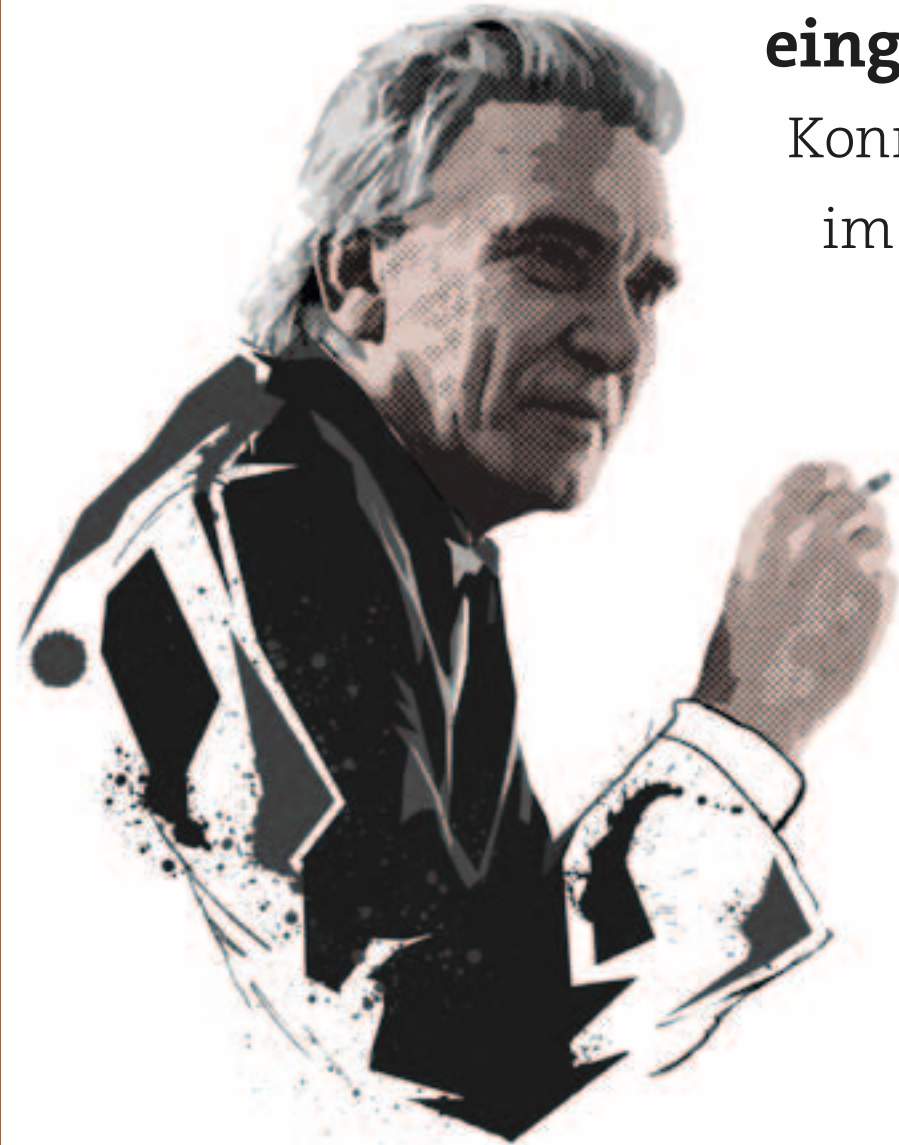
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Interview **Philip Kovce**Illustration **Eugen Schulz**

„...das Denken darüber ist heute doch weitestgehend eingestellt!“

Konrad Schily
im Gespräch



2011 zählt Deutschland 100 staatlich anerkannte Privathochschulen. 1981 gab es noch keine einzige. Ein Jahr darauf revolutionierte Konrad Schily die Hochschullandschaft mit der staatlichen Anerkennung der privaten Universität Witten/Herdecke. Schily, zwanzig Jahre deren Präsident und für die SPD und FDP auch politisch aktiv, verrät im Gespräch mit 360°, warum er gerne eine juristische Fakultät gründen, die Staatsmacht beschränken und den Papierausstoss des Bundestags verringern würde.

dichten & denken

*„Frei will ich sein im Denken und im
Dichten! Im Handeln schränkt die Welt
genug uns ein.“*

Johann Wolfgang von Goethe

360°: Herr Schily, wenn man sich die Beziehungsweisen vor Augen führt, die Ihren Lebensweg geprägt haben, fallen sofort drei Bereiche auf: Medizin, Bildung, Politik. Was hat Sie jeweils dorthin geführt?

Konrad Schily: Als ich etwa dreizehn Jahre alt war, hatte ich ein sehr intensives Erlebnis mit betreuten Menschen in einer heilpädagogischen Einrichtung. Diese Erfahrung weckte in mir den Wunsch, Heilpädagoge zu werden. Mein Vater ermunterte mich dann, erst Medizin zu studieren, damit die Ärzte nicht von oben auf mich herabschauen. Schließlich begann meine Studienzeit 1957 in Basel mit einem Semester in Philosophie bei Karl Jaspers, Theologie bei Karl Barth und Zoologie bei Adolf Portmann, ehe ich nach Tübingen zum Medizinstudium wechselte.

Wie spannen sich von dort die Fäden zum Bildungsreformer und Universitätsgründer?

An der philosophischen Fakultät in Basel habe ich etwas von der erkenntnissuchenden Universität mitbekommen. Vor allem durch die profilierten Professoren, die aus ihren Gegensätzen auch keinen Hehl machten – woraus man als Student ja nur lernen kann. Das Medizinstudium in Tübingen erschien mir dagegen eher flach und nicht praktisch ausgerichtet.

Was war denn am Medizinstudium seinerzeit so zu bemängeln?

Fast das Gleiche wie heute! Das Studium ist in einen vorklinischen und einen klinischen Abschnitt geteilt. Im vorklinischen Teil beginnt das Studium mit den naturwissenschaftlichen Fächern Physik, Chemie, Biologie und mit der Leichenpräparation. Auch im klinischen Teil bleibt das Studium vorwiegend theoretisch. Etwas überspitzt kann man sagen, dass die Studenten am Ende ihres Studiums vieles über äußerst seltene Krankheiten wissen, aber nicht sicher mit dem Stethoskop den ersten vom zweiten Herzton unterscheiden können. Daran hat sich bis heute wenig geändert.

Warum plädieren Sie bis heute ausdrücklich gegen eine staatliche Reglementierung der Bildungslandschaft, erscheint diese doch auf den ersten Blick nicht ganz unbegründet. Schließlich gilt es, der Belieblichkeit Einhalt zu gebieten und Qualität zu sichern.

Es geht nicht um Belieblichkeit, es geht um Freiheit. Und staatliche Reglementierung sichert nicht Qualität, sondern Gleichförmigkeit. Denn überall dort, wo der Staat das kulturelle Leben normiert, tut er es aus einer für objektiv befundenen Werte, die er nicht nur mit Orden und Ehrenzeichen, sondern zugleich mit umfassenden Rechten versieht. Freiheit in der Medizin, Freiheit in der Wissenschaft, Freiheit im Erziehungswesen sind so nicht gegeben. Der Staat sollte diese Freiheit gewährleisten, aber er ist – wenn er denn Rechtsstaat bleiben will – nicht in der Lage, die Dinge auch adäquat zu administrieren.

Warum nicht?

Weil der Rechtsstaat, der über Verordnungen und Gesetze verwaltet, immer bestrebt bleiben muss, objektive Kriterien zu verwenden. Diese objektiven Kriterien erweisen sich jedoch sehr oft als Prokrustesbett. Nur ein Beispiel: Um Medizin zu studieren, benötigen Sie einen sehr guten Abiturnotendurchschnitt, um zum Studium zugelassen zu werden. Ich will diese Debatte nicht wiederholen, nur darauf hinweisen, dass viele dieser Inserkandidaten nach ihrem Studium nicht ärztlich tätig werden. Vielleicht wählen wir mit den Inserkandidaten also Menschen aus, denen das Kurative gar nicht so am Herzen liegt. Eine andere Fehlentwicklung liegt darin, Bildung als technischen Produktionsprozess zu beschreiben. Folgen davon sind Credit Points, Akkreditierungen, Evaluierungen, Ratings und Rankings. Auch hier sollen „wissenschaftliche Verfahren“ zu objektiven Wahrheiten führen. Aber tun sie dies wirklich? Viel eher ist zu beobachten, dass es darum geht, wer die objektive Wissenschaft vertritt und damit Macht ausübt.

Das alles sollte mit der Gründung der ersten privaten Universität Deutschlands in Witten/Herdecke, die letztendlich 1983 den Studienbetrieb aufnahm, besser werden.

Mit dem Gemeinschafts Krankenhaus in Herdecke, das 1969 gegründet wurde, war bereits eine freie Institution geschaffen, die in der Medizin ein materialistisch-reduktionistisches Dogma nicht einfach hinnehmen wollte. Alle hilfreichen Therapieformen – also auch anthroposophische, homöopathische, phytotherapeutische, traditionell-chinesische, ayurvedische – sollten in Erweiterung der sogenannten Schulmedizin Beachtung finden. Aus dem in Herdecke wirkenden Personenkreis formte sich dann auch der Wille, eine freie Universität zu gründen, um das Studium der Medizin und andere Studiengänge neu zu gestalten. Ich hätte am liebsten mit Jura begonnen...

...wo doch wohl berechtigterweise ein Staatsexamen existiert.

Wieso berechtigt? Dann wären juristische Fakultäten Verwaltungshochschulen. Die ideale juristische Fakultät steht staatlichem Handeln allerdings reflektierend bis kritisch gegenüber. Ihr Kernbereich ist die Rechtsphilosophie: Wie soll zukünftig Strafrecht aussehen? Wie bürgerliches Recht? Wie die soziale Marktwirtschaft? Das Denken darüber ist heute doch weitestgehend eingestellt!

Es kam nicht zur Gründung einer juristischen Fakultät in Witten/Herdecke, aber Human- und Zahnmedizin, Wirtschafts-, Kultur- und Pflegewissenschaft lassen sich dort studieren. Angetreten sind Sie in Witten/Herdecke mit der Hoffnung, ein Umkrepeln des deutschen Hochschulwesens exemplarisch vorzuleben. Haben sich diese Hoffnungen erfüllt?

Die Universitätsgründung war ein äußerster Kraftakt und ein zähes Ringen, denn im Grunde ist Witten/Herdecke, wie *brand eins* einst treffend titelte, eine „unmögliche Universität“. Dass ihr Entstehen dennoch möglich wurde, begünstigten viele Faktoren, auch ein sich einstellender politischer Wille. Angenommen von dem, was in Witten/Herdecke lebt, wurden die Praxisnähe des Studiums und das Studium fundamentale – bundesweit. Allerdings hat niemanden die Frage interessiert, warum Witten/Herdecke zu einem Drittel der Kosten Mediziner besser ausbilden kann als staatliche Hochschulen. Da findet eine regelrechte Verdrängung statt, darüber will man bis heute nicht nachdenken. Zu viele Traditionen und auch Privilegien könnten dabei infrage gestellt werden.

Waren diese Desillusionierungen ein Grund für Sie, nach insgesamt zwanzig Jahren als Universitätspräsident in die Politik zu wechseln?

Ich habe nicht aufgehört, um in die Politik zu gehen. Nach meinem Ausscheiden aus der Universitätsleitung ergab sich 2005 die

Es geht nicht um Belieblichkeit, es geht um Freiheit.

MAX WEBER

Die Klassiker in Neuauflage

Politik als Beruf

Elfte Auflage

65 S. 2010 (978-3-428-13479-3) € 16,-

„Ein absoluter Leckerbissen für jeden Politologen!“
Henrik Flor, in: buchkatalog.de



Wissenschaft als Beruf

Elfte Auflage (Neusatz auf Basis der Ausgabe von 1996)

36 S. 2011 (978-3-428-13509-7) € 16,-

Wirtschaftsgeschichte

Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
Aus den nachgelassenen Vorlesungen hrsg. von
S. Hellmann und M. Palyi

Sechste Auflage (Neusatz auf Basis der Ausgabe von 1991)

Erscheint 2011 (978-3-428-13511-0)

Staatssoziologie

Soziologie der rationalen Staatsanstat und
der modernen politischen Parteien und Parlamente
Mit einer Einführung und Erläuterungen hrsg. von
Johannes Winckelmann

Dritte Auflage (Neusatz auf Basis der Ausgabe von 1966)

157 S. 2011 (978-3-428-13510-3) € 24,-

Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland

Zur politischen Kritik des Beamtentums
und Parteiwesens

Zweite Auflage (Neusatz auf Basis der Ausgabe von 1918)

(978-3-428-13512-7) € 24,-

Alle Titel auch als E-Book erhältlich

www.duncker-humblot.de

Möglichkeit, für den Bundestag zu kandidieren. Meine Hoffnung war, dass es möglich ist, etwas von meinen ärztlichen und universitären Erfahrungen sinnvoll in die Politik einzubringen.

Die Kandidatur bedeutete Ihren Einzug in den Bundestag. Wie haben Sie die Zeit im Bundestag bis zu Ihrem Ausscheiden 2009 erlebt?

Letztendlich bin ich, sowohl in der Fraktion der Liberalen, als auch im Bundestag insgesamt, ein Fremdkörper geblieben. Mein erstes Erlebnis war folgendes: Im Bundestag wird man permanent mit Papier zugeschüttet, und jeder fühlt sich in der Pflicht, dieses Papier zu vermehren. Mein Begehren, Gesetzesvorlagen auf nicht mehr als drei Seiten darzustellen, damit es nicht sofort völlig unverständlich wird, erschien den meisten Parlamentariern einsichtig. Aber weil es nun einmal so ist, wurde produziert und produziert, weil man eben produzieren muss. Außerdem erlebte ich viele Menschen, deren Erfahrungshorizont ein rein politischer war; die also noch nie außerhalb der Politik gearbeitet hatten.

War es auch der Frust über diese Situation, der Sie 2009 in der Welt am Sonntag zu der Bemerkung veranlasste, im Bundestag falle Geld wie Manna vom Himmel?

Der Bundestag wird wesentlich geprägt durch Parteisoldaten. Innerhalb der Parteien steht der Parteilied an oberster Stelle. Entscheidungen treffen also zu meist irgendwelche Gremien, nicht der einzelne Abgeordnete. Dieser meint zwar, die große Last der Verantwortung zu tragen, er hat aber eigentlich kaum etwas zu sagen – und wird dafür hervorragend ausgestattet und außerordentlich gut bezahlt. Dieser mir befremdliche Umstand veranlasste mich zu der genannten Äußerung, die ich sofort wieder unterschreiben würde.

Haben Sie auch positive Erinnerungen an die Auseinandersetzungen im Parlament?

Natürlich, es ist nie alles schwarz oder weiß. Wirkliche Diskussionskultur war zu erleben, wenn der Fraktionszwang aufgehoben war, wenn also das offene Wort ergriffen und nach bestem Wissen und Gewissen abgestimmt wurde. Das war selten der Fall, aber dann immer etwas Besonderes: Es spiegelte im besten Sinne gesellschaftliche Strömungen wider.

Der Bundestag wird wesentlich geprägt durch Parteisoldaten.

Nehmen wir Ihre Erfahrungen als Arzt, Universitätsgründer und Politiker zusammen: Wie schätzen Sie die heutige Situation der Universitäten ein?

Weltweit werden Staaten, besonders in Asien und in den Schwellenländern, weiter massiv in Universitäten investieren – schon des technologischen Fortschritts wegen. In Deutschland ist bereits jetzt ein Bestreben erkennbar, wenige Universitäten zu Eliteuniversitäten zu machen, in denen die Forschungsmittel konzentriert werden. Die anderen Universitäten sollen sich dann auf die Lehre konzentrieren, das scheint weniger zu

kosten. Am Bologna-Prozess wird man weiter herumbasteln und sich im besten Falle fragen, warum sich – obwohl man doch das Beste für die Studenten wollte – ein rechter Erfolg nicht einstellen will. Zudem wird sich die Akademisierung der Berufe weiter fortsetzen. Denn in einer Gesellschaft, in der der Aufstieg über das staatliche Bildungswesen definiert wird, kann das gar nicht ausbleiben. Geldmangel und gesellschaftliche Probleme werden den Universitäten aber auch Freiräume bringen, die sie für neue und eigenständige Gestaltung nutzen könnten. Solange wir in der Gesellschaft aber das Bildungssystem als einen Teil der staatlichen Daseinsfürsorge ansehen, wird sich grundsätzlich wenig ändern und eine Abkehr vom staatlich bewirtschafteten Geist nicht eintreten.

Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Ambiguität, dass der Bologna-Prozess zwar vielerorts kritisiert, die Aufgabe des Staates, Bildungsbelange zu regeln, jedoch kaum grundsätzlich infrage gestellt wird?

Da zeigt sich eine gewisse Tragik. Denn es bedarf der handlungsleitenden Einsicht, dass Politik prinzipiell nicht in der Lage ist, das Handling von Bildungsprozessen zu übernehmen. Sie muss immer weltanschauliche Abstimmungsprozesse durchlaufen, die einem freien Bildungswesen fernliegen. Der Staat hat – wenn ihm die Bildung seiner Bürger am Herzen liegt – zwar dafür zu sorgen, dass Chancengerechtigkeit hinsichtlich der Bildungsnachfrage besteht, das Bildungsangebot bestimmen sollten Schulen und Hochschulen jedoch selbst.

Nehmen die Hochschulen denn die Freiräume, die ihnen zubilligt werden, immerhin zur Genüge wahr?

Die Kritik am Bologna-Prozess, bei gleichzeitigem Konsens darüber, dass der Staat es zu richten und vor allem zu finanzieren habe, findet sich auf fatale Weise auch innerhalb der Hochschulen. Dort sitzen Bildungsbeamte. Die haben es zwar ein bisschen eng, aber immerhin trocken und warm. Da ist kaum Leidenschaft zu spüren, für eigene Freiheiten

zu streiten. Zumal man dann das eigene Handeln strategisch und ökonomisch voll zu verantworten hätte. Selbst kleinere Freiheiten werden da lieber ausgeschlagen.

Hat die Verflechtung von Staat und Bildung auch historische Gründe?

Ja, sicher. In Deutschland wurden alle Universitäten von den Landesherren gegründet. Nur die Gründung der Goethe-Universität Frankfurt am Main erfolgte vorwiegend aus dem deutsch-jüdischen Bürgertum – sie wurde aber bald vom Staat übernommen. Zudem war man in Deutschland, gerade in den Wissenschaften, lange kaisertreu. Die deutschen Professoren waren, so der Physiologe Du Bois-Reymond, „das geistige Leibregiment der Hohenzollern“, später dann – kann man ergänzen – der Nationalsozialisten. Selbst bekennende Faschisten konnten noch bis in die 1970er hinein an deutschen Universitäten problemlos dozieren.

Die Professorenschaft scheint also – um mit Marx zu reden – nicht das „revolutionäre Subjekt“ zu sein, von dem ein Umsturz der herrschenden Bildungsverhältnisse zu erwarten wäre?

Nein. Wenn überhaupt, dann sind es in der Regel Studenten, die neue Ideen ergreifen und fruchtbar werden lassen, nicht Professoren oder Politiker. Insgesamt ist die Bildungsfrage aber eine gesamtgesellschaftliche und als solche auch ein die ganze Gesellschaft angehendes Problem. Dass Universitäten nicht nur einen ökonomischen Standortvorteil darstellen, sondern auch einen ideellen, einen kulturellen Wert haben, dieser Paradigmenwechsel steht noch aus. Es geht auch nicht darum, Studenten möglichst schnell und jung in die Arbeitswelt zu entlassen, in der dann auffällt, dass Bildungspfuscher ein eminentes Problem darstellt und zusätzliche Kosten verursacht. Es geht darum, jeden Menschen reifen zu lassen und ihm innerlich Nahrung zu geben, dass es ihm gelingen kann, seine Biographie zu erfüllen. Gelingt das auf Dauer nicht, erleben wir Szenen, wie wir sie aus den Pariser und Londoner Vorstädten kennengelernt haben.

Welche Rolle spielen persönliche Beziehungen im Bildungszusammenhang?

Persönliche Beziehungen, die Beziehungen zwischen Persönlichkeiten, sind unerlässlich und eine unerschöpfliche Quelle. Denn das Individuum bildet sich ja niemals am abstrakten Standard, sondern immer nur im konkreten Gespräch und am Gegenstand des Interesses. Das kann man im Alltag prima beobachten: Dort, wo Erkenntnisbemühungen zwischen Menschen stattfinden, kann man sich die Kaffeefahrten und Kegelabende als soziale Elemente meistens sparen. Universitäten haben den großen Vorteil, dass persönliche Begegnungen, etwa zwischen Generationen und Professionen, nahezu zwangsläufig stattfinden. Wenn sich daran gemeinsame Erkenntnisbemühungen anschließen, ist es das Beste, was uns allen passieren kann.

Wenn Sie sich zum Abschluss des Gesprächs etwas wünschen dürften, Herr Schily...

...dann wünsche ich Ihnen für Ihre Projekte gutes Gelingen!

* **Dr. med. Konrad Schily** wurde 1937 in Bochum geboren und studierte in Tübingen und Hamburg Medizin. Der Facharzt für Neurologie und Psychiatrie gehörte von 1966 bis 1984 dem Vorstand des Gemeinschaftskrankenhauses Herdecke an. 1982 bis 1999 sowie 2002 bis 2004 wirkte Schily als Präsident der staatlich anerkannten privaten Universität Witten/Herdecke, der ersten Hochschule dieser Art in Deutschland. 1973 bis 1990 war Schily SPD-Mitglied. 2005 folgte er seinem Bruder Otto in den Bundestag, allerdings für die FDP. Bis 2009 war er Abgeordneter. Schily trägt das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, bei Econ ist von ihm erschienen: *Der staatlich bewirtschaftete Geist. Wege aus der Bildungskrise* (1993).



SEIT 50 JAHREN LEISTEN GEWÖHNLICHE MENSCHEN AUSSERGEWÖHNLICHES.

WERDE TEIL DER GRÖSSTEN MENSCHENRECHTSBEWEGUNG DER WELT UND KÄMPFE MIT UNS GEGEN UNTERDRÜCKUNG UND GEWALT. SEI DABEI. MIT DEINER UNTERSCHRIFT. DEINER SPENDE. DEINEM EINSATZ. AMNESTY.DE/50JAHRE

50 JAHRE
AMNESTY
INTERNATIONAL

